



Die Frage der Fragen: Sollen die 48 Winterlinden an der Untertrave bleiben oder durch 60 neue Bäume ersetzt werden?

Foto: Lutz Roeßler

Linden-Streit: Schlagabtausch in Sonderbürgerschaft

Stadt lässt neues Baumgutachten erstellen – Initiative bleibt skeptisch –
In einer Woche tagen die Politiker – Bürgerentscheid soll am 18. Dezember sein

Von Josephine von Zastrow

Innenstadt. Im Zeichen der Linde: Die Sonderbürgerschaft wird spannend – auch wenn es nur ein einziges Thema gibt und die Positionen klar sind. Am 2. November geht es um den Erhalt der 48 Winterlinden – und die Umgestaltung der Untertrave mit 60 neuen Bäumen für 15,6 Millionen Euro. Start ist um 16 Uhr im Bürgerschaftssaal im Rathaus. Offiziell wird in der Sitzung lediglich der Termin des Bürgerentscheids beschlossen. Der soll am 18. Dezember stattfinden.

Doch in der Bürgerschaft wird ein hitziger Schlagabtausch erwartet, wenn dort Befürworter und Gegner aufeinandertreffen. Die Positionen: Für den Erhalt der Linden sind die GAL und die Bürgerinitiative „Lübecks Linden leben lassen“. Zwei Vertreter werden in der Sitzung ihre Argumente vorbringen. Sie fordern Alternativ-Pläne für die Neugestaltung der Untertrave. Gegen den Erhalt der Linden und für die Pläne der Stadt zur Untertrave hingegen sind SPD, CDU, BfL, FDP, Freie Wähler, Linke. Die Grünen sind unentschieden, wollen die Bürger entscheiden lassen.

Brisanz verspricht ein neues Baumgutachten, das allerdings zur Sitzung noch nicht vorliegen wird.

„Wir holen eine Zweitmeinung von einem anderen staatlich geprüften, vereidigten Gutachter aus Hamburg ein“, erklärt Bürgermeister Bernd Saxe (SPD). In drei bis vier Wochen soll die neue Expertise fertig sein. Der Gutachter werde jeden einzelnen Baum bewerten, so Saxe. Die Kosten lägen im unteren vierstelligen Bereich.

Grund für das weitere Gutachten: Die vorhandene Expertise attestiert den Linden einen schlechten Gesundheitszustand. Aber die Expertise wird – von der Bürgerinitiative und von Katja Mentz (GAL) angezweifelt. Sie hat dazu etliche Fragen für die Bürgerschaftssitzung formuliert. „Das Gutachten

ist nicht unabhängig.“ Außerdem sei es fachlich mangelhaft, erklärt Mentz. „Meiner Meinung nach wird das Gutachten zu Unrecht in Zweifel gezogen“, entgegnet Saxe. Er ist sich sicher: „Mit einem neuen Gutachten wird man die ‚Hardliner‘ auch nicht überzeugen, weil sie nicht überzeugt werden wollen.“ Aber: „Diejenigen, die ergebnisoffen an das Thema herangehen, sollen sich eine eigene Meinung bilden können.“

Jedenfalls kommt das nun beauftragte Gutachten bei der Initiative und der GAL nicht gut an. „Ich bin da etwas skeptisch“, sagt Ingrid Boitin von der Initiative. Mentz meint: „Das müsste ein Gutachter

sein, dem beide Seiten zugestimmt haben.“ Denn würde die Initiative eine Expertise erstellen lassen, würde die Stadt diese ebenfalls anzweifeln. Überraschend: Ein solches Gutachten von der Initiative gibt es nach Aussage von SPD-Fraktionschef Jan Lindenau bereits. „Wir haben Kenntnis davon, dass es eine solche Begutachtung durch die Initiative gegeben hat.“ Die komme zum selben Ergebnis wie das vorhandene Gutachten der Stadt. Dem widerspricht Boitin: „Die Initiative hat gar nicht das Geld, um so ein Gutachten zu beauftragen.“

Für Grünen-Fraktionschefin Michelle Akyurt „vernebelt das Thema Baumgutachten die Sache nur“. Es gehe beim Bürgerentscheid vielmehr um „den Erhalt der Linden oder dem Festhalten an den Umgestaltungsplänen“. Gregor Voht (Freie Wähler) will der Initiative vorschlagen, auf den Bürgerentscheid zu verzichten und das Geld für die Pflanzung neuer Bäume auszugeben. „Will die Initiative mehr Grün oder will sie die Umgestaltung der Untertrave verhindern?“ Wie auch Lindenau wäre CDU-Vormann Andreas Zander für einen Kompromiss mit dem Erhalt einiger Linden zu haben gewesen. Aber: „Den kompletten Erhalt der Linden wird es nicht geben.“



Der Bürgerentscheid

175 000 wahlberechtig-
te Lübecker

sind am vierten Advent zum Bürgerentscheid gerufen. Wer wie die Initiative die Linden erhalten will, stimmt mit Ja. Wer die Neugestaltung der Untertrave nach den Plänen der Stadt will, kreuzt Nein an. Es muss mindestens 14 000 Ja-Stimmen geben (acht Prozent der Wahlberechtigten); und es müssen mehr sein als die Nein-Stimmen. Andernfalls entscheidet die Bürgerschaft, wie es weitergeht.